



Arbeitsmarkt

Fachkräftemangel mit "massiver" Zuwanderung lösen

Der Tenor aus der Wirtschaft in der aktuellen Zuwanderungsdebatte ist eindeutig: Nur entsprechend ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland können für ein lang anhaltendes Wirtschaftswachstum sorgen. Klaus F. Zimmermann, Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn, im Gespräch mit Deutsche Mittelstands Nachrichten: "Es fehlen uns Fachkräfte mit den heute gebrauchten Profilen, die wir nur im Ausland bekommen. Die deutsche Arbeitslosen passen „überwiegend nicht zu den Arbeitsmöglichkeiten. Es sind weitgehend Langzeitarbeitslose mit geringer oder falscher Qualifikation", so Zimmermann: "Dem dauerhaften Fachkräftemangel kann nur mit einer Kombination von besserer Schulausbildung

sowie frühkindlicher Bildung, längeren Arbeitszeiten, einer noch stärkeren Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit und durch massive Zuwanderung begegnet werden."

Zurzeit verhindert neben den mangelnden Incentives für ausländische Fachkräfte vor allem die fehlende Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen für die schnellere Eingliederung von qualifizierten Fachkräften. Experten

des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) werteten den Mikrozensus 2007 aus und fanden heraus, dass jeder zweite Abschluss, der im Ausland von einem Zuwanderer erworben wurde, aus dem Fach „Ingenieurwissenschaften und Technik“ ist. Fachgebiete, bei denen es in Deutschland an guten Bewerbern mangelt.

**Zuzug von Erwerbstägigen aus
Drittstaaten (2007-2009)**

| | 2007 | 2008 | 2009 |
|--------------------------|--------|--------|--------|
| Hochqualifizierte | 151 | 157 | 169 |
| Beschäftigte | 28.761 | 29.141 | 25.053 |
| Forscher | - | 64 | 142 |
| Selbstständige | 891 | 1.239 | 1.024 |

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Analyse

Kreativität ist Chefsache, und wenn nicht, dann nur gegen Bares!

Kreativität zählt nicht zu jenen Tugenden, die sich die deutschen Unternehmen mit Leidenschaft auf ihre Fahnen geschrieben haben. Zuständig dafür sind die Chefs, es gibt tausende Gründe, warum man eigentlich nicht kreativ sein kann. Und wenn, dann würde man schon auch gerne für seine Geistesblitze extra honoriert werden.

Für eine aktuelle Studie hat die Akademie für Führungskräfte in Überlingen 2.000 Manager aus deutschen Unternehmen mit unterschiedlichen Unternehmensgrößen befragt, wie sie denn Wunsch und Wirklichkeit in Sachen Kreativität in ihrem Unternehmen einschätzen.

Die Untersuchung deckt einige bemerkenswerte Widersprüche auf: Während sich mehr als 80 % aller Befragten selbst als kreativ bezeichnen, klagt die Hälfte derselben Gruppe, dass sie durch Zeitmangel

an der Ausübung ihrer Kreativität gehindert werden. Und 35,4 % gehen noch weiter: Sie wünschen sich eine „Honorierung kreativer Ideen“. Knapp 40 % glauben, dass sie kreativer wären, wenn sie weniger Aufgaben zu bewältigen hätten.

Dass Kreativität kein integraler Bestandteil der Unternehmenskultur ist, belegen auch die Einschätzungen, wie originell die einzelnen Teile der Firma arbeiten: Immerhin mehr als 60 % glauben, dass die Geschäftsführer kreativ sind – das mag aber auch damit zusammenhängen, dass an der Befragung viele Geschäftsführer teilgenommen haben.

Ihren eigenen Truppen stellen die Manager dagegen schlechte Zeugnisse aus: Nur knapp die Hälfte glaubt, dass der Vertrieb kreativ ist, ähnlich negativ fällt das Urteil für die Bereiche Unternehmenskom-

munikation und Personalentwicklung aus.

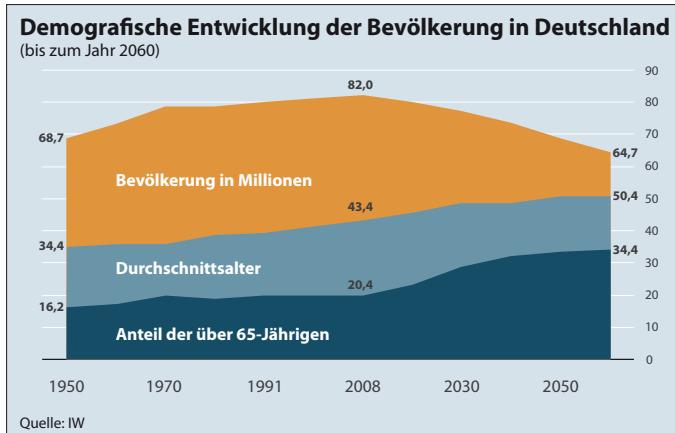
Da fragt man sich schon, warum 90 % der Befragten den Führungsstil von Vorgesetzten für die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung von Kreativität im Unternehmen halten: Entweder übt der kreative Manager seinen Führungsstil im geheimen aus, oder aber die Damen und Herren Manager sind zwar kreativ, aber wirkungslos.

In beiden Fällen sind das verbesserungswürdige Zustände. Erstaunlich ist die Lage nicht – in einem Land, in dem das legendäre Buch von Richard Florida „The Rise of the Creative Class“ aus dem Jahr 2003 bis heute noch nicht mal ins Deutsche übersetzt worden ist.

von Michael Maier

Chaos bei ausländischen Berufsabschlüssen

Die Behörden sind mit dem Problem der geregelten Zuwanderung von qualifizierten Kräften und der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen überfordert. Beleg für Handlungsbedarf ist, dass im Jahr 2009 nur rund 130 Ausländer dauerhaft ohne Beschränkungen einwandern durften, weil ihr Gehalt die Verdienstgrenze von 66.000 Euro übertraf, so Minister Brüderle.



Das Regelungschaos fängt mit der Einordnung von nicht akademischen Abschlüssen aus dem Ausland an. Es fehlen laut dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Gesetze zur Anerkennung von Abschlüssen in sogenannten nicht reglementierten Berufen wie zum Beispiel den kaufmännischen. Arbeitsmarktexperten fragen sich, wie solche Abschlüsse in einem Punktesystem, wie es von Wirtschaftsminister Brüderle vorgeschlagen wurde, bewertet werden sollen, wenn die gesetzliche Grundlage fehlt.

Zudem ist es Bürgern aus Nicht-EU-Staaten sowie allen Ausländern mit Berufsabschlüssen aus nicht reglementierten Berufen nicht erlaubt, Anträge auf die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu stellen. Die Bundesregierung will hier mit dem geplanten Anerkennungsgesetz eine Lösung schaffen.

Zuwanderungsregelungen wie die Vorrangprüfung, der Familiennachzug, die EU-weite Freizügigkeit und die Verdienstgrenzen-Regelung werden von vielen verschiedenen behördlichen Stellen verwaltet. Dabei sind die Beteiligten nicht immer auf dem gleichen Informationsstand und arbeiten wenig vernetzt. Den Kammern wird vorgeworfen, ausländische Abschlüsse zu oft abzulehnen, um Konkurrenz zu verhindern.

Um das Wirrwarr um die Anerkennung von internationalen Berufsabschlüssen in den Griff zu bekommen, schlägt das IW vor, einen zentralen Infopool auf Bundesebene einzurichten, der Klarheit für Behörden und Antragsteller schaffen soll. Dieser Infopool müsste schon bald um eine europäische Ebene bereichert werden, da die EU im nächsten Jahr die Bluecard einführen will. Mit der Kombination aus Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung sollen Fachkräfte in der EU arbeiten, reisen und umsiedeln können. Bürokratische

Hürden sollen dadurch abgebaut werden.

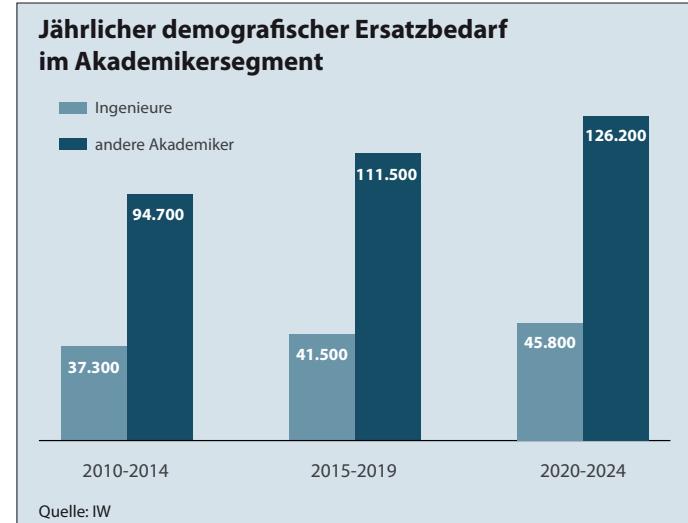
Immerhin scheint die Marschrichtung in Deutschland klar: Die ausländischen Qualifikationen müssten sich an deutschen Standards messen lassen, sagte Bildungsministerin Schavan. Fortschrittlich dabei ist, dass auch bei schlechterer Bewertung nicht wie bislang auf das komplette Wissen und Können des Antragsstellers verzichtet werden soll. Ausländer sollen sich nachqualifizieren dürfen und zunächst genau darüber informiert werden, was ihnen zur Erreichung deutscher Standards noch fehlt.

Ein weiterer positiver Effekt des Zuzugs von ausländischen Facharbeitern: Durch ein Wirtschaftswachstum mit Ausdauer können auch die deutschen Langzeitarbeitslosen wieder Jobs in neu entstehenden Produktionen finden, da ihre Profile dann wieder gefragt sind. "Es zeigt sich aber, dass eine Neuorientierung oder Weiterbildungsmaßnahmen bei Langzeitarbeitslosen nur sehr langsam weiter helfen. Am ehesten helfen Weiterbildung im Kontext von geförderten Jobs und ein weiter andauerndes hohes Wirtschaftswachstum", sagt Klaus Zimmermann.

Arbeitskräftemangel in vielen Regionen akut

Bei den Mittelständischen Unternehmern ist der Fachkräftemangel längst Realität, wie der Blick in Länder, Regionen und Städte zeigt.

"Der Anteil der Betriebe, die im Fachkräftemangel ein wichtiges Geschäftsrisiko sehen, ist von 18 auf 27 % gestiegen", sagte Bernd Bechtold, Präsident des Baden-Württembergischen Handelskammertags (BWIHK).



Sachsens Sozialministerin Christine Clauß will die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen erleichtern. Aber erst im April nächsten Jahres soll ein entsprechendes Konzept von ihrer Landesregierung verabschiedet werden. Basis dazu ist eine Studie, die Fehler in der Beratung von hochqualifizierten Ausländern aufgezeigt hat. Weitere Ergebnisse der Studie: Das Potenzial der 10.000 ausländischen Studenten an sächsischen Hochschulen und Universitäten werde zu wenig genutzt. Außerdem werden bis zum

Jahr 2020 in Sachsen 500.000 Beschäftigte fehlen.

Jeder fünfte Ausbildungsplatz bleibe in Bayern leer, teilte der Landesverband des Bundes der Selbstständigen (BDS) auf Basis seines jüngsten Stimmungstests mit. Nur noch gut ein Drittel aller Ausbildungsbetriebe habe heute die Wahl zwischen mehreren geeigneten Bewerbern. Eine Folge davon sei, dass vier von zehn Firmenchefs mit den Fähigkeiten ihrer Auszubildenden nicht zufrieden seien.

Die Unternehmen in Rheinhessen rechnen laut IHK mit einer Verschärfung des Fachkräftemangels. Wenn keine qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland in Deutschland beschäftigt werden, würden aus Forschung und Entwicklung hochqualifizierte Arbeitsplätze aus Deutschland dorthin abwandern, wo die besten Köpfe arbeiten.

Die Branche der Auto-Zulieferer, Schienentechnik-Unternehmen und Mobilitätsdienstleister in der Region Berlin-Brandenburg hat laut der Prognos AG bis zum Jahr 2015 einen Arbeitskräftebedarf von 14.000 Ingenieuren, 7.000 Mathematikern und 15.000 Juristen errechnet. Hinzu kommen zahllose technische und sonstige Fachkräfte.

Gut über die Hälfte der Firmen erwarten als Folge der demografischen Entwicklung einen Mangel an Fachkräften, so das Ergebnis einer Umfrage der IHK Kiel. Jeweils 32 % sehen einen Mangel an Auszubildenden sowie eine starke Alterung der Belegschaft. 25 % erkennen steigenden Weiterbildungsbedarf ihrer Mitarbeiter, 14 % fürchten den Verlust betriebsinternen Wissens.

Mehr als jedes zweite Unternehmen im Kreis Euskirchen und der Region sieht das Problem Fachkräftemangel als dringend an, so ein Ergebnis der Konjunkturmfrage der IHK Aachen. Besonders groß seien die Sorgen in der Industrie und der Dienstleistung.

Arbeitsmarkt positiv, Junge ausgeschlossen

Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen deutet auf eine anhaltende Entspannung am Arbeitsmarkt hin. Doch Arbeitnehmer, die jung sind oder zu den Langzeitarbeitslosen gehören, fallen aus dem Rahmen. Bei jungen Arbeitnehmern droht sogar das Abstellgleis, wenn die wachsende Prekarisierung zunimmt, behauptet die IG Metall.

So steigt der Anteil von jungen Menschen, die nach ihrer Ausbildung in prekären Arbeitsverhältnissen landen, an und verursacht weitreichende volkswirtschaftliche Konsequenzen. Das ist das Hauptergebnis einer TNS Infratest-Studie im Auftrag der IG-Metall. Demnach sind 54 % der Erwerbstätigen unter 25 Jahren prekär (Leiharbeit, in Praktika, mit einem

befristeten Job oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) beschäftigt. Bei den Erwerbstätigen unter 35 Jahren liegt der Anteil bei 30 %. Gewerkschafter gehen auf Grundlage der Zahlen davon aus, das prekäre Arbeit kein vorübergehendes Phänomen zu Beginn des Berufslebens ist, sondern langfristige Realität für junge Menschen.

In Folge der Prekarisierung wird der Berufseinstieg für junge Arbeitskräfte auch mit Hochschulabschluss schwieriger. Nachrückende Fachkräfte werden in Zeiten des Aufschwungs und des gleichzeitigen Fachkräftemangels ausgebremst, meint die IG Metall. Junge genießen nicht die Weiterbildungs- und Vergütungsprivilegien von Festangestellten. Hinzu kommt, dass prekär Beschäftigte durch die Sicherungssysteme - vor allem im Rahmen der Arbeitslosenversicherung - nicht genug - wie zum Beispiel die Bezieher des Arbeitslosengeld I - gefördert werden. So würden notwendige Qualifizierungsmaßnahmen oder die Vermittlung von neuen Arbeitsplätzen an der jungen Generation vorbei gehen. Knapp die Hälfte der Arbeitslosen unter 35 bezieht bereits Arbeitslosengeld II ("Hartz IV") und ist auf dem Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit, so die Ergebnisse der IG Metall.

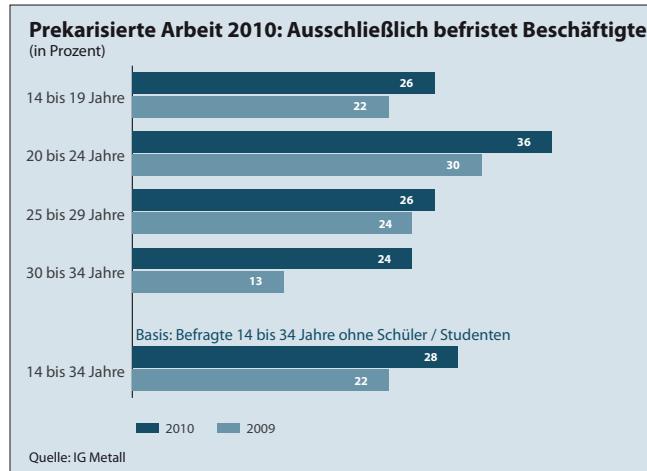
Schließlich ist der psychologische Effekt bei den jungen Berufsstartern, die ihr Potenzial eigentlich entwickeln sollten, nicht zu unterschätzen. So haben Formen prekärer Beschäftigung ernste Konsequenzen auf das Privatleben. Jungen Menschen fehlt die Sicherheit, ihr Leben und ihre Zukunft zu planen - von Familiengründung über Immobilienwerb bis hin zur Altersvorsorge, analysieren die Gewerkschafter und kritisieren, dass brachliegenden Fachkräftepotenziale zum Beispiel durch passgenaue Aus- und Weiterbildungen nicht genutzt werden.

+++ Nachrichten: Brüderle erwartet größtes Lohnplus seit 18 Jahren (welt.de) **+++ Bachelor** sind in Unternehmen willkommen (bda-online.de) **+++ Unternehmen** wollen mehr Lehrlinge ausbilden (iwkoeln.de) **+++**

Konjunktur

Krugman, UBS: Optimismus für Deutschland „völlig voreilig“

Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman kritisiert die Lobeshymnen auf den deutschen Aufschwung. Er räume zwar ein, dass Deutschland jetzt gute Quartalsbilanzen habe und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt voranginge,



Interview

E-Bilanz: Finanzbehörden erheben ohne Anlass massenhaft Unternehmensdaten

Deutsche Mittelstands Nachrichten: Ab 2011 soll die sogenannte E-Bilanz kommen. Was ändert sich damit für die Unternehmen?

Ulrike Müller: Für bilanzierende Unternehmen besteht für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.2010 beginnen, die Pflicht, ihre Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung digital an das Finanzamt zu übermitteln. Doch wer genauer hinsieht, stellt fest, dass die Unternehmen es nicht nur mit einem neuen Übertragungsweg zu tun haben. Die E-Bilanz ist nicht mit den bisher vorzulegenden Unterlagen identisch, sie verlangt den Unternehmen weitreichendere Informationen ab. Auf die Unternehmen kommen zahlreiche Umstellungen zu.

Im Vorfeld gab es viel Protest, von zu viel Bürokratie ist die Rede. Können Sie den Protest nachvollziehen?

Das im Dezember 2008 beschlossene „Steuerbürokratieabbaugesetz“ sollte eigentlich deutliche Erleichterungen und Vereinfachungen mit sich bringen. Nach dem Motto "Elektronik statt Papier" macht es ja auch Sinn, dass die Unternehmen nicht Daten in Systeme einlesen, ausdrucken, an die Verwaltung schicken und diese dort wieder in elektronische Systeme eingegeben werden. Aber nun wird im Rahmen der Umsetzung dieses Gesetzes dessen Grundgedanke absurderweise in Frage gestellt. Die Umsetzung erfordert erhebliche Änderungen und Neuorientierungen in den Unternehmen. Allerdings wird aus meiner Sicht am Kern des Pudels vorbeidiskutiert: Es ist weniger ein Bürokratieproblem, denn ein Problem der Rechtsgrundlage bzw. des Datenschutzes.

Wieso?

Ich sehe die Frage der Rechtsgrundlage bzw. des Datenschutzes - also alles in allem den Kontext der anlasslosen "Tiefenprüfung" der Unternehmenszahlen - als größtes Problem an. Die Gefahr hinter der neuen Regelung lautet nämlich darin, dass die Finanzbehörden durch die Standardisierung der Daten trotz erheblich gestiegenem Informationsumfang diese schneller und effektiver auswerten werden können. Mithilfe dieser Daten können seitens der Finanzbehörden Standards entwickelt werden, um Branchenanalysen vorzunehmen und umgehend Abweichungen vom vermeintlich Übli-

chen nachvollziehen zu können. Die Frage ist deshalb meines Erachtens nicht nur der Umsetzungsaufwand an sich, sondern, ob der Staat anlassunabhängig eine derartige Masse an Unternehmensdaten erheben darf, nur weil die Verwaltung technisch nun dazu in der Lage ist.

Fehlt dafür die Rechtsgrundlage?

Heute ist die Rechtsgrundlage für die Übersendung der Gewinn- und Verlustrechnung § 5b Abs. 1 EStG. Aber bereits in der Vergangenheit war in aller Regel gemäß § 60 Abs. 2 EStDV der Steuererklärung neben der Bilanz eine Gewinn- und Verlustrechnung beizufügen. Eine Neuerung liegt u.a. darin, unterjährig Buchungen anzupassen und stets auch steuerrechtlich taggenau zu sein. Eine weitere Neuerung ist das Reizthema deren Darstellungstiefe, d.h. der verlangte Standard, die Taxonomie. Für diese Darstellung fehlt die Rechtsgrundlage und es darf die Tiefe des verlangten Standards nicht in das Ermessen der Verwaltung gestellt werden.



Nach Einschätzung der Steuerrechts-Expertin **Ulrike Müller** lautet die größte Gefahr der technischen Umstellung in der Möglichkeit der Finanzämter, Unternehmen jederzeit und ohne Anlass in der Tiefe überprüfen zu können. Das wird auch erhebliche Folgen für das Buchführungspersonal haben.

In der letzten Woche fand im Finanzministerium die "ergebnisoffene Anhörung" statt. Ihr Fazit?

Ergebnisoffen, das ist das Fazit. Das Bundesfinanzministerium hörte sich die Bedenken der verschiedenen Berufsverbänden an, hob aber selbst vor allem die Bearbeitungsschnelle hervor. Dennoch ist auch ein vorübergehendes Entgegenkommen zu beobachten; dies betrifft v.a. die technischen und organisatorischen Vorehrungen. Eine dauerhafte Lösung wird dies aber nicht sein können, da die Übermittlung von Nullfeldern und Auffangpositionen dem Gesetzeszweck der gewünschten Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit von Bilanzen zuwiderläuft. Wie viel Zeit die Unternehmen bekommen, liegt alleine im Ermessen der Finanzbehörden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gilt die Gesetzeslage. Das heißt, ab kommenden Jahr müssen die Bilanzen nach den neuen Standards erstellt werden.

Viele IT-Abteilung müssen umstellen. Welche Folgen hat die Umstellung für die Buchhalter?

Das Buchführungspersonal und die beratenden Steuerberater müssen sich in der Lage sehen, unterjährig

eine handelsrechtliche und steuerrechtliche Abarbeitung bzw. Korrekturen der Buchführungsvorgänge vornehmen zu können und sicherzustellen. Und nicht wie bisher am Ende des Wirtschaftsjahres aus der handelsrechtlichen Betrachtungsweise die steuerrechtliche abzuleiten bzw. diese einzuflechten. Darin liegt meines Erachtens auf lange Sicht die größere Herausforderung; sicherlich auch gestützt durch die Umstellung und Bereitstellung des technischen Standards.

Weil viele Unternehmen die Umstellung nicht zeitgerecht hinbekommen, gibt es die Forderung: E-Bilanz erst ab 2012. Welche Spielräume haben die Behörden?

Man muss zunächst sehen, dass das Vorhaben erst nach zwei Jahren im Detail vorgestellt wurde und die Frist zur Umsetzung viel zu knapp ist. Hier hat die Finanzverwaltung unnötig Druck aufgebaut. Ich halte daher die Gewährung längerer Umsetzungsfristen für nicht ausgeschlossen. Es existiert ja bereits die Möglichkeit, dass Betriebsinhaber beantragen, die Bilanzdaten erst nach 2011 elektronisch zu übertragen. Obwohl zur

Stattgabe dieses Antrags nur Härtefallregelungen vorgesehen sind, wenn die Umstellung der Buchhaltung sehr teuer oder kurzfristig nicht realisierbar ist, wird hier wohl die "normative Kraft des Faktischen" dazu führen, dass Unternehmer vermehrt diese Anträge stellen werden und am Ende realistischere Umsetzungsfristen gewährt werden. Diese Lösung hätte aber eine mögliche Ungleichbehandlung abhängig von der unterschiedlichen Ermessensausübung der Finanzbehörden zur Folge

Es ist noch eine zweite Alternative denkbar, nämlich die Möglichkeit des § 51 Abs. 4 Nr. 1b EStG. Davon kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates Gebrauch machen, wenn bis zum 31.12. 2010 erkennbar ist, dass die technischen oder organisatorischen Voraussetzungen für eine Umsetzung nicht ausreichen. Dies könnte dann ggf. Spielräume eröffnen.

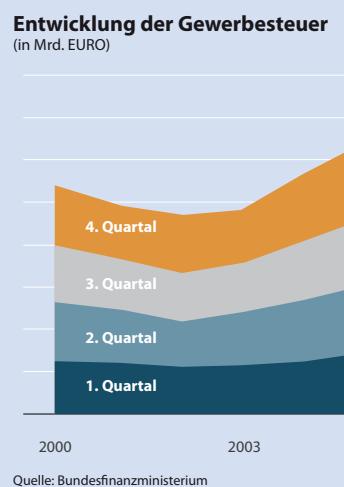
Ein weiterer Einwand: Steuerrecht könne nicht handelsrechtliche Rechnungslegungspflichten definieren. Ist das zutreffend?

Die Crux liegt allein darin, dass der Gesetzgeber den Behörden die Ausgestaltung scheinbar überlassen hat, obwohl dies rein rechtlich eigentlich nicht zulässig ist. Denn die steuerlichen Normen der §§ 5b und 51 Abs. 4 Nr. 1b EStG sind meines Erachtens nicht geeignet, die handelsrechtlichen Rechnungsle-

gungspflichten zu erweitern noch die handelsrechtliche Gliederungsflexibilität der Handelsbilanz außer Kraft zu setzen.

Wird die Finanzverwaltung ggf. auf die Pflicht zur Übermittlung der Vorjahreswerte verzichten?

Die jährliche Übermittlung ist redundant und auch nicht durch die Anwendungsvorschrift des § 52 Abs. 15a EStG gedeckt. Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass darauf verzichtet werden wird, denn dies würde dem angestrebten Gesetzeszweck zuwiderlaufen. Auch wäre dann der gewünschte und angestrebte Plausibilitätsabgleich und die Analyse von Branchen nicht möglich.



Klarstellung wird gefordert hinsichtlich der Möglichkeiten des Steuerpflichtigen, sogenannte NIL-Werte (Leer-Werte) zu beanspruchen. Der Katalog der Auffangpositionen bedarf erheblicher Erweiterungen. Kommen die vom Ministerium noch zeitgerecht?

Ob sie kommen werden, ist gegenwärtig nicht absehbar. Die Unsicherheit könnte sich hier aber m.E. zugunsten des Steuerpflichtigen auswirken, da

er aufgrund der unklaren Rechtslage einen NIL-Wert beanspruchen darf, wenn dies nicht völlig unvertretbar ist. Deshalb kann erwartet werden, dass zunächst die Finanzbehörden die Entscheidungen im Rahmen ihrer Ermessensausübung treffen, bevor tatsächlich Erweiterungen eingearbeitet werden.

Rechnen Sie mit Klagen im größeren Stil? Einige Punkte lassen in der Tat Spielräume für juristische Interpretationen zu?

Mit Klagen kann gerechnet werden in dem Fall, dass der Gesetzgeber die Festlegung der "Erklärungstiefe" der Bilanz tatsächlich der Verwaltung überlassen will. Diese könnten sich dann auf die Verletzung des verfassungsrechtlich verbürgten "Wesentlichkeitsgrundsatzes" stützen. Das ist aber wirklich Zukunftsmusik. Es wird erfahrungsgemäß den betroffenen Unternehmern kurzfristig nicht helfen. Die E-Bilanz wird im kommenden Jahr Realität. Jeder Unternehmer muss sich auf diese Herausforderung einstellen. Auf die Ergebnisse des Klagewegs zu warten, halte ich für keine gute Alternative.

Ulrike Müller ist Rechtsanwältin und leitet den Bereich Prävention und Verteidigung der Wirtschaftskanzlei Rödl & Partner in Nürnberg.

aber das deutsche BIP sei noch immer unter dem Vor-Krisen-Niveau. Es gebe keine Anzeichen für ein lang anhaltendes Wachstum in Deutschland, da die Binnennachfrage vernachlässigt werde und es den anderen Staaten in Europa nicht gut gehe.

Der Starökonom weist auf die für ihn entscheidende Bedingung für ein nachhaltiges Wachstum der deutschen Wirtschaft hin: Damit es mit dem exportabhängigen Deutschland vorwärts gehe, müsse es Europa gutgehen. Wer behauptet, Deutschland sei raus aus der Krise, sei "völlig voreilig". "Ich weiß nicht, woher das Wachstum langfristig kommen soll", sagte Krugman. Der Professor nennt die Rekord-Arbeitslosigkeit in Spanien, Griechenland, dessen Schulden weiter steigen, und die irländische Volkswirtschaft als noch nicht gelöste Probleme. Die Krise in Europa ist für Krugman nach wie vor aktuell.

Seine Kritik an der deutschen zurückhaltenden Geldpolitik wiederholte er. So würden sich die Deutschen nur auf die Stärkung des Exports konzentrieren, ohne dass die europäischen Nachbarn daran teilhaben. Die deutsche Regierung sparte zu viel und die Bundesbank hat nur die Gefahr einer Inflation im Blick, obwohl diese laut Krugman zuzeit keinem Sorgen machen müsste.

Auch die UBS betrachtet das deutsche, exportgetriebene Wachstum kritisch. So heben UBS-Analysten zwar hervor, dass Deutschland zurzeit echte wirtschaftliche Stärke zeige, während die anderen Industrieländer nach Erholung suchen. Zur deutschen Stärke würden der gute Export, der vom schwachen Euro gestützt wird, und die steigende globale Nachfrage beitragen. An Positivem hinzu kommt, dass es momentan keine Blase auf dem deutschen Immobilienmarkt gebe und die Vermögensbilanzen des Privatsektors stark sind.

Aber auf der anderen, negativen Seite sehen die UBS-Experten für Deutschland die Gefahr, dass die deutsche Wirtschaft durch niedrige Zinsen "überstimuliert" werde. Auch das Risiko einer deutschen Immobilienblase sollte nicht ignoriert werden, wenn die Zinsen zu lange zu niedrig bleiben, meint die UBS. Außerdem würde das alleinige Voranpreschen der Deutschen die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa weiter verstärken.

Die Schweizer Bank empfiehlt dennoch, "konsumorientierte Aktien in deutsche Portfolios aufzunehmen". Allerdings könnte ein erneuter Abschwung der Weltwirtschaft negative Folgen für Aktienkurse deutscher Unternehmen haben. Denn deutsche Papiere seien sehr konjunktursensibel, schreiben die Schweizer Banker.

Aktuelle Wirtschaftslage als sehr gut eingeschätzt

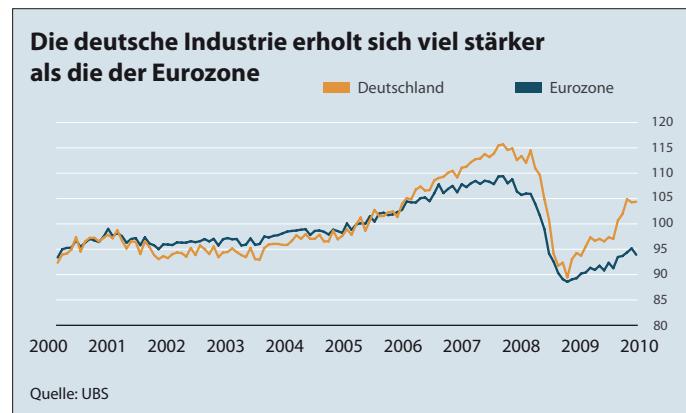
Die Bundesregierung erwartet laut ihrer Herbstprognose einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 3,4 % im Jahr 2010. Für das Jahr 2011 geht sie von einem Wachstum von 1,8 % aus. Somit fällt die Schätzung der Regierung zurückhaltender als die der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute

aus.

Nachdem der Export angesprungen ist, trägt nun auch die Konjunktur im Inland zum Aufschwung bei. In den Schwellenländern wie China und Indien werden deutsche Investitionsgütern zurzeit stark nachgefragt. Im Hinblick auf ihre Gewinnaussichten hat sich die Investitionsbereitschaft der Unternehmen erhöht.

Die Wachstumsdynamik kommt in den nächsten Monaten verstärkt aus der Binnennachfrage. Diese wird im nächsten Jahr knapp drei Viertel des deutschen Wachstums ausmachen, so die Prognose der Regierung.

Auch der DIHK geht von einem Wirtschaftswachstum von 3,4 % in diesem Jahr und sogar von 2,4 % für das Jahr 2011 aus. Die exportgetriebene Konjunkturerholung führt in den nächsten Monaten zu einer weiteren Stärkung der Binnennirtschaft, hoffen die optimistischen DIHK-Ökonomen.



Export vor Rekordmarke

Im kommenden Jahr bestehen gute Chancen, zum ersten Mal in der Geschichte die Marke von einer Billion Euro beim Export zu erreichen, die im Boomjahr 2008 noch knapp verfehlt wurde. Mit einer Rückkehr zum Vorkrisenniveau ist bereits im Laufe des ersten Halbjahres 2011 zu rechnen. Eine besondere Dynamik wiesen dabei die Exporte in die Länder außerhalb der EU auf. Der Bundesverbandes Großhandel (BGA) warnte aber vor einer weiteren Abschwächung der US-Wirtschaft und einem Platzen der Immobilienblase in China.

Derweil liegt der Umschlag im Seeverkehr im ersten Halbjahr 2010 etwa 15 % unter dem Vorkrisenniveau. Im ersten Halbjahr 2010 hat der Güterumschlag der Seeschifffahrt gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8,1 % zugenommen, so das Statistische Bundesamtes. 138,1 Millionen Tonnen Güter wurden in deutschen Seehäfen umgeschlagen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 - vor der Krise - betrug die Menge 162,4 Millionen Tonnen.

Der Güterverkehr über Binnengewässer nahm - verglichen mit dem 1. Halbjahr in 2010 - um fast 12 % zu. Besser entwickelte sich der Containerverkehr der Binnenschiffer mit einem Plus von 21,4 %. Aber insgesamt wurde das Niveau aus dem Vorkrisenjahr 2008 auch hier noch nicht erreicht.

Erwartungen gehen zurück

Da die aktuelle Geschäftslage von den meisten Experten und Unternehmern in dieser Zeit als sehr gut bewertet wird, gehen die Marktteilnehmer davon aus, dass es nicht noch besser werden kann. Wegen der schwachen Konjunktur in den USA, Japan und Teilen Europas sorge sich die Industrie um eine verringerte Dynamik, so der DIHK.

Auch die Erwartungen der Finanzexperten für Deutschland gehen im Oktober zurück, teilte das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) mit. Der Index der Konjunkturerwartungen sank auf minus 7,2 Punkte von minus 4,3 Zähler im September. Er verzeichnete den niedrigsten Stand seit Januar 2009.

Wirtschaftsexperten von Markit gehen ebenfalls von einer Verlangsamung des Wachstums aus. Für die Eurozone rechnen sie mit einer Wachstumsrate von 0,3 % für das letzte Quartal - nach 1,0 % im zweiten Quartal. Mit Blick auf die Dienstleistungsbranche sehen sie sogar Stellenstreichungen auf die Unternehmen zukommen, wenn nicht mehr Aufträge hereinkommen werden. Sogar die französischen Dienstleister, die sich neben den deutschen als "widerstandsfähig" erwiesen haben, verzeichnen ein spürbar verlangsamtes Geschäftswachstum. So wird der Aufschwung immer stärker vom Industriesektor abhängig.

Privathaushalte konnten Krise nicht überwinden

Wirtschaft und Verbraucher hätten den Konjunktur einbruch noch nicht ausgleichen können, so der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen (BDIU) bei der Vorstellung des Ergebnisses der Herbstumfrage unter 560 BDIU-Mitgliedsfirmen. In diesem Jahr werden voraussichtlich bis zu 34.000 Unternehmen zahlungsunfähig (2009: 32.687).

Die Verbraucherinsolvenzen klettern auf einen hohen Stand von rund 110.000 Verfahren (2009: 101.102). Zudem werden immer mehr Verbraucher Opfer von Betrügern. Fast ein Drittel aller BDIU-Unternehmen hat in diesem Jahr Inkassoverfahren bearbeitet, die auf einen Identitätsdiebstahl zurückzuführen waren.

Insgesamt habe sich die Zahlungsmoral verbessert, so der BDIU. Ungünstig sei aber, dass bei wachsenden Umsätzen über das Internet, die Zahlungsausfälle online deutlich höher als die offline sind. Die häufigsten Gründe für die schlechte Zahlungsmoral im Netz sind vorsätzliches Nicht bezahlen (70 %) und die absichtliche Eingabe falscher persönlicher Daten beim Onlinekauf (63 %).

+++ Nachrichten: BDI erwartet 2010 deutsches BIP-Wachstum um 3,5% (bdi.eu) **+++ Deutsche Landwirte** wollen 7 Milliarden Euro investieren (bauernverband.de) **+++ Handwerk** korrigiert Umsatzerwartung nach oben (zdh.de) **+++**

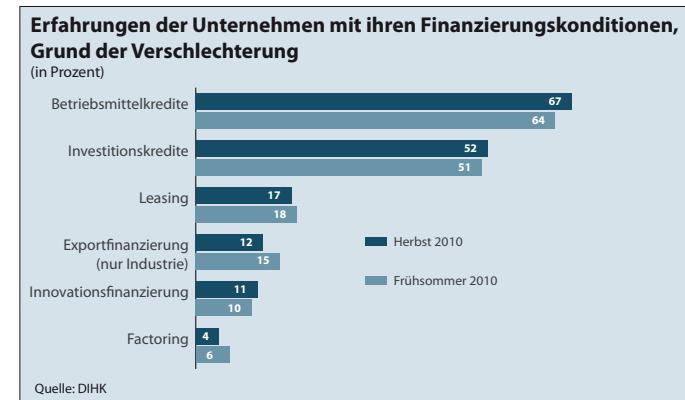
Finanzmärkte

Keine Entspannung auf Kreditmärkten

Der wirtschaftliche Erholung führt zu einer teilweisen Verbesserung auf dem Kreditmarkt, so der DIHK mit Bezug auf seine Sonderauswertung der Herbst-Konjunkturumfrage: 12 Prozent der Betriebe berichten von verbesserten Kreditbedingungen, das sind 4 Prozentpunkte mehr als bei der Vorgängerumfrage im Frühsommer 2010. Gleichzeitig haben sich im Herbst für 16 Prozent der Unternehmen (Frühsommer: 21 Prozent) die Konditionen verschlechtert. Die Anzahl der Unternehmen, die den eigenen Finanzierungsanteil als Kredithürde nennen, ist in den vergangenen Umfragen immer weiter angestiegen und liegt jetzt bei 28 %.

Überraschend ist, dass der Maschinenbau über strengere Kreditbedingungen im Vergleich zur Gesamtwirtschaft klagt. Kleine Betriebe, ostdeutsche Unternehmen und Leasinggesellschaften stehen schon seit längerer Zeit vor hohen Kredithürden.

Zudem wird der Spielraum der Banken bei der Vergabe von Exportkrediten enger werden. Denn mit der geplanten Einführung eines Leverage Ratio bei Basel III müssen auch abgesicherte Exportkredite auf das Eigenkapital der Banken angerechnet werden.



Kredite werden teurer

Gut aufgestellte Mittelständler werden laut DIHK zurzeit von Banken umworben. Dazu passt, dass die Commerzbank ihr Mittelstandsgeschäft weiter ausbauen will. Im Geschäft mit dem gehobenen Mittelstand hat die Commerzbank nach eigenen Angaben bundesweit einen Marktanteil von bis zu 20 %.

Durch die stärkere staatliche Regulierung der Banken sieht die Commerzbank allerdings höhere Kreditkosten auf den Mittelstand zukommen. "Durch die verschärften Eigenkapitalregeln für Banken, die unter dem Stichwort Basel III bekannt sind, werden die Kredite auch für Mittelständler teurer", sagte Commerzbank-Vorstand Beumer.

Nachhaltige Geldanlagen krisenfest

Das Angebot an so genannten nachhaltigen Investments wächst. Inzwischen hat der Markt in Europa ein Volumen von etwa fünf Billionen Euro erreicht, so das Ergebnis der Studie "2010 European SRI Study" des European Sustainable and Responsible Investment Forum (Eurosif).

Demnach habe die lange Finanzkrise und Umweltkatastrophen wie die der "Deepwater Horizon" vor allem institutionelle Investoren für Themen wie Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung sensibilisiert. Mehr Investoren berücksichtigen Nachhaltigkeitsaspekte bei ihren Entscheidungen.

Seit 2008 kletterte in Europa das Vermögen, das durch nachhaltige Investments gebunden wird, von 2,7 auf fünf Billionen Euro. Das ist ein Wachstum von 87 %. Institutionelle Investoren sind mit 92 % Anteil die Antreiber in diesem Segment auf dem europäischen Markt. Der Anteil der Privatinvestoren stieg seit 2008 nur leicht. Private Investoren kamen vor allem aus Österreich, Belgien, Frankreich und Deutschland.

+++ **Nachrichten:** Sparkurs: Irland lässt Bürger und Gläubiger bluten (ftd.de) +++ Europas Konzerne erholen sich von der Krise (manager-magazin.de) +++ EU-Kommission: Banken sollen Krisenpläne entwickeln (faz.net) +++

Trends

Nachhaltigkeit dient vor allem der Markenpflege

Der Großteil (93 %) der befragten Unternehmenschefs geht davon aus, dass Nachhaltigkeit ihr Kerngeschäft in den kommenden Jahren prägen wird, so das wichtigste Ergebnis der Studie "A New Era of Sustainability" von Accenture, die im Auftrag des UN Global Compact 766 Unternehmenschefs (davon 439 aus Europa) befragt hat.

Für vier von fünf Befragten (80 %) hat die Finanzkrise die Bedeutung von Nachhaltigkeit weiter erhöht. Im Jahr 2007 gaben die Hälfte der befragten Top-Manager an, Fragen der Nachhaltigkeit seien bereits Teil der Firmenstrategie. Heute sind es schon 81 %.

Fast Dreiviertel der CEOs geben an, dass sie vor allem aus Gründen der Markenpflege, des Vertrauens und des Ansehens das Thema Nachhaltigkeit vorantreiben wollen. Wei-

tere Motive: Umsatzpotenzial und Kostensenkung (44 %), Mitarbeitermotivation (42 %) und Erwartungshaltung der Kunden (39 %). Die drei wichtigsten Einflussfaktoren sind Kunden (58 %), Mitarbeiter und gesetzliche Vorgaben (jeweils 39 %).

Ein Drittel der Chefs glauben, dass die Finanzmärkte nachhaltige Unternehmensziele zu wenig anerkennen. CEOs seien laut den Unternehmensberatern gut beraten, wenn sie ihre integrierte Nachhaltigkeitsstrategie transparenter machen und besser mit den für Investoren wichtigen Finanzkennzahlen verknüpfen.

Greenwashing könne sich heute kein Unternehmen mehr leisten. Nur wer Nachhaltigkeit auf Dauer in sein Kerngeschäft integriere und seine Kunden für das Thema begeistert, werde langfristig davon profitieren, meinen Accenture-Berater.

Die CEOs sehen fünf Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, um Nachhaltigkeit ins Kerngeschäft zu übertragen: ein größeres Verbraucherinteresse an nachhaltigen Produkten, die Weiterbildung von Management, Mitarbeitern und zukünftigen Führungskräften zum Thema Nachhaltigkeit, ein besseres Verständnis der Investoren für den Wert von Nachhaltigkeit, die Messbarkeit von Leistungen, die zur Nachhaltigkeit gehören, und klare gesetzliche Vorgaben sowie faire Wettbewerbsbedingungen.

Keiner der befragten Autobauer will sich der Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit entziehen (100 %). In der Konsumgüterindustrie halten 98 % Nachhaltigkeit für wichtig oder sehr wichtig, bei den Energieunternehmen sind es 94 %. Etwas abgeschlagen mit 85 % ist der Bereich Infrastruktur und Transport inklusive der Luftfahrtbranche.

+++ **Nachrichten:** Siemens und SAP erarbeiten Studie zu Elektromobilität (handelsblatt.com) +++ Windows Phone 7: Marktstart in Deutschland versammelt (golem.de) +++ Neue Kathetertherapie senkt Bluthochdruck dauerhaft (idw-online.de) +++

Original-Dokumente auf

www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de

 Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen: Ergebnisse der Trendumfrage unter den Mitgliedern

 DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Oktober 2010, Sonderauswertung "Kreditkonditionen"

 ZEW - Finanzmarktttest Oktober 2010

 KfW-Indikator Eigenheimbau: Langsame Erholung zu erwarten

Impressum

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Christoph Morisse, Felix Kubach
und Laura Räuber

Grafik & Layout: Sascha Seewald

Blogform Verlagsgesellschaft GmbH

Lietzenburger Str. 77 | D-10719 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 / 81016030

Fax +49 (0) 30 / 81016033

Mail: info@blogformgroup.com

HR Berlin Nr. 104243 B

Erscheinungsweise: 52 mal pro Jahr

Abo: 18 Euro monatlich

abo@blogformgroup.com

Mediadaten erhalten Sie unter
www.blogformgroup.com